

Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 11.12.2023

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:40 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Thies Teegen
- Marcus Haß
- Danny Knoop
- Silke Engel
- Silke Haß
- Martina Scheel
- Niels Luithardt
- Kirsten Grundmann
- Christian Sach
- Thomas Bartels
- Gunilla Pugell
- Petra Jütting
- Esther Zelenka
- Kerstin Scheinert
- Andreas Kölln
- Anna-Maria Koolwaay
- Karin Pfeiffer
- Michael Niemann
- Mathias Krasa
- Fritz Bremer
- Sandra Gnaß
- Sandra Fricke-Kranz
- Marion Malzahn
- Janine Kolbig
- Michaela Pries

Beratende Mitglieder

- Klaus Rienecker

Gäste

- Sandra Mörschel
- Paula Herrmann
- Sonja Steinbach
- Nadine Sierks
- Andre Delor
- Ralf Boysen
- Barbara Carstensen
- Ursula Hegger
- Henrike Bleck
- Dirk Mitzloff
- Arne Braun

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Arne Braun teilt mit, dass der SSW eine Pressemitteilung zur Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit plant.

2. Beschluss zum Positionspapier Landesfachstelle Barrierefreiheit

Arne Braun

Arne Braun beschreibt den Erarbeitungsprozess des Positionspapieres. Es wurde in mehreren Sitzungen der AG Barrierefreiheit erarbeitet. Das Positionspapier „Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit in Schleswig-Holstein“ wurde einstimmig von den Mitgliedern beschlossen. Michaela Pries macht deutlich, dass es für sie ein wichtiges Anliegen ist und sie mit den politischen Entscheidungsträgern intensive Gespräche dazu führen wird. Die Landesbeauftragte wird die Veröffentlichung des Positionspapieres mit einer Pressemitteilung begleiten.

3. Vorstellung der Workshopergebnisse und Arbeitsplanung 2024

Arne Braun

Arne Braun stellt die Struktur und den Ablauf des Workshops dar, der aufgrund des Schneefalls kurzfristig in hybrider Form organisiert wurde. 15 Vertretungen von Mitgliedsorganisationen haben ihre Themen in den Workshop eingebracht. 6 Vertretungen haben in Präsenz teilgenommen und drei online. Die anderen Vertretungen haben im Vorwege telefonisch oder per Mail ihre Anliegen mitgeteilt.

Einige Mitglieder teilen ihren Wunsch nach mehr Onlinesitzungen bzw. hybriden Sitzungen mit, da Anfahrtswege zum Teil viel Zeit in Anspruch nehmen. Dem Büro der Landesbeauftragten sind diese Probleme bekannt. Aufgrund der vorhandenen Technik im Landeshaus und den vielfältigen Assistenzen mit den damit einhergehenden Anforderungen an hybride Formate überwiegen aus Sicht des Teams der Landesbeauftragten die Vorteile von Präsenzsitzungen. Einzelne Arbeitsgruppensitzungen oder Fachaustausche werden weiterhin auch in digitaler Form angeboten.

Im Workshop haben die Mitglieder beschlossen, dass das Team der Landesbeauftragten einen Vorschlag für die Bearbeitung der einzelnen Themen machen soll, über den dann in der Sitzung des Landesbeirates abgestimmt wird.

Dieser Entwurf für eine Arbeitsplanung 2024 wurde den Mitgliedern im Vorwege der Landesbeiratssitzung zugesendet. Die Arbeitsplanung wird gemeinsam durchgesprochen. Für jede Landesbeiratssitzung in 2024 wurden bestimmte Schwerpunktthemen festgesetzt.

Ein Mitglied teilt mit, dass das Thema Wohnen sich nicht in der Arbeitsplanung und in dem Protokoll des Workshops wiederfindet. Arne Braun wird dies prüfen und gegebenenfalls Änderungen vornehmen.

Für die Aprilsitzung sieht die Arbeitsplanung das Thema „Bericht der AG Focal Point zum Monitoring Fokus-Landesaktionsplan 2022“ vor. Die Mitglieder der AG sind sich einig, dass dies zu früh ist und schlagen vor, den Bericht in der Septembersitzung vorzustellen. Es gibt keine Einwände, so dass im April das Thema „Rechtsumsetzung“ behandelt wird und im September das Thema „Monitoring Fokus-Landesaktionsplan 2022“.

In der Dezembersitzung soll es einen Austausch mit den sozialpolitischen Sprechern und Sprecherinnen der Landtagsfraktionen geben. Arne Braun wird den Landtagsabgeordneten ein save-the-date zu schicken. Dort soll unter anderem das Thema „Gesetze in einfacher Sprache“ platziert werden.

Die Themen mit Gesundheitsbezug sollen vorläufig in der Aktionsgruppe barrierefreies Gesundheitswesen bearbeitet werden. Die Aktionsgruppe soll vorrangig einen Aktionstag planen. Falls es für bestimmte Themen nicht ausreichend Zeit und Raum gibt, wird zusätzlich ein Fachaustausch angeboten.

In dem Entwurf ist für das Thema „Inklusive Schule“ bei Interesse ein Fachaustausch vorgesehen. Ein Mitglied merkt an, dass die Themen wenig Bezug zu Familien bzw. Kindern- und Jugendlichen haben. Ein Problem für Familien scheint die Organisation von Freizeitaktivitäten zu sein. Das Thema „Inklusive Schule“ wird um das Thema „Freizeitgestaltung“ ergänzt. Ein Fachaustausch wird dazu durchgeführt.

Abschließend stimmen die Mitglieder den weiteren im Entwurf der Arbeitsplanung benannten Vorschlägen zu.

4. Vorstellung der Informationskampagne zu Hochwasser

Sandra Mörschel

Frau Mörschel stellt die Informationskampagne zu Hochwasser anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation wird gemeinsam mit dem Protokoll versendet. Frau Mörschel bittet die Mitglieder um eine umfassende Rückmeldung dazu, damit alle Bürger und Bürgerinnen erreicht werden können.

Die Kontaktdaten sind: sandra.moerschel@mekun.landsh.de oder 0431/9887348.

Die Landesregierung hat für die Informationskampagne die Internetseite wasserstark.sh eingerichtet. Dort stehen vielfältige Informationen z. B. zum Thema Vorsorge oder Verhalten im Notfall. Dort sind auch erste Texte in Leichter Sprache zu finden. Im Jahr 2024 soll es auch ein Video in Gebärdensprache mit Untertitelung geben. Verschiedene Mitglieder geben Hinweise zum Thema Barrierefreiheit z. B. Videos mit Audiodeskription, aber auch, dass besondere Wohnformen und Wohneinrichtungen für Senioren in Gefahrengebieten gezielt informiert werden müssen.

5. Aktuelles

Michaela Pries, Arne Braun

Stellungnahme zum Thema Hitzeschutz

Der Landesbeirat zur Teilhabe wurde von der SPD im schriftlichen Anhörungsverfahren zu Anträgen zum Thema Hitzeschutz benannt. Die Mitglieder beschließen, dass sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben wollen.

Schlichtungsstelle bei der Landesbeauftragten

Michaela Pries berichtet zum aktuellen Stand der Einrichtung einer Schlichtungsstelle nach § 20 Landesbehindertengleichstellungsgesetz. Die Schlichtungsstelle ist organisatorisch der Landesbeauftragten zugeordnet. Die Landesbeauftragte ist weiterhin in Gesprächen mit der Landtagsverwaltung dazu.

Haushaltsnotlage des Landes Schleswig-Holstein

Viele Mitglieder beschäftigt die Diskussionen über den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein. Es wird befürchtet, dass für Menschen mit Behinderungen zukünftig weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Michaela Pries kann die Befürchtungen nachvollziehen, macht aber auch deutlich, dass sie keinerlei Einfluss auf den Haushalt hat. Sie rät den Organisationen, sich mit den zuständigen Ansprechpartnern in den Ministerien auszutauschen. Das Thema soll im Jahr 2024 in den Sitzungen des Landesbeirates ein fortlaufendes Thema jeweils mit aktuellem Bezug sein und damit stetig im Blick bleiben.

6. Verschiedenes

Arne Braun

Reaktionen auf die Stellungnahme zum IPREG

Die Stellungnahme zum IPREG wurde an die Mitglieder des Sozialausschusses, die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, die Gesundheitsministerin und die Sozialministerin versendet. Auf die Stellungnahme hat niemand reagiert.

Die Sitzung wird mit den besten Wünschen für eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr um ca. 17:45 Uhr beendet.